

„NRW braucht ein Haus der Geschichte“

Interview: Landtagspräsident André Kuper (CDU) über seinen Umgang mit der AfD, über einen Erweiterungsbau des Landtags und eine zentrale Dauerausstellung zur Historie des Landes

Herr Kuper, Sie sind jetzt Mitglied des renommierten Heimatvereins „Düsseldorfer Jonges“. Sind Sie inzwischen mehr Düsseldorfer als Rietberger?

ANDRÉ KUPER: Ich bin auf dem Weg, beides zu werden (lacht). Natürlich bin ich viel in Düsseldorf, aber Rietberg bleibt meine Heimatstadt.

Seit sieben Monaten sind Sie Landtagspräsident. Was reizt Sie an dem neuen Job?

KUPER: Die Vielfalt des Amtes. Ich bin Repräsentant des Landtags und protokollarisch höchster Repräsentant des Landes. Außerdem bin ich Chef einer Verwaltung mit 300 Mitarbeitern, und ich leite die Sitzungen des Landtags, des Präsidiums und des Ältestenrats. Darüber hinaus bin ich als Abgeordneter auch Mitglied meiner Fraktion und Vertreter unserer Region und des Kreises Gütersloh – alles in allem eine sehr schöne Aufgabe.

Sie wollen den Landtag und die Landespolitik bekannter machen. Warum sollten die Menschen sich für Landespolitik interessieren?

KUPER: Dass hier im Landtag entscheidende Dinge beschlossen werden, wird von vielen gar nicht wahrgenommen. Das gilt beispielsweise für die Bereiche Schule, Kindergärten, Verkehr oder innere Sicherheit. Es wird Zeit, dass das bekannter wird. Dazu kommt: Wir erfahren gerade – auch in Deutschland – dass unsere Demokratie gar nicht so sicher und so selbstverständlich ist, wie viele das immer geglaubt haben.

Was können Sie denn für die Sicherung der Demokratie tun?

KUPER: Wir wollen positive Demokratie-Erlebnisse schaffen. Wir sollten allen 150.000 Schülern und Schülerinnen in NRW eine Begegnung mit Parlamenten ermöglichen, beispielsweise hier im Landtag oder durch Besuche von uns, dem Landtagspräsidium, in den Schulen. Wir wollen in den nächsten Jahren die Zahl der Schüler, die zu uns nach Düsseldorf kommen, verdoppeln. Zurzeit sind es 30.000 pro Jahr.

Viele bedauern den Weggang von FDP-Chef Christian Lindner nach Berlin, weil damit der herausragende Redner des Landtags die Bühne verlassen hat. Wie beurteilen Sie das Debattelevel im Landtag?

KUPER: Mit der Neuwahl des Parlaments ist knapp die Hälfte der Abgeordneten neu in den Landtag gekommen. Ich finde, dass eine Vielzahl von jungen Kollegen, die gerade ihre



Präsident: Der Rietberger André Kuper im Gespräch mit dieser Zeitung.

FOTO: RALPH SONDERMANN

Jungferreden hinter sich haben, schon bemerkenswert gut gesprochen haben. Und vielleicht wird ja der eine oder andere, der bislang im Schatten des Rhetorikers Lindner stand, sein Talent jetzt besser entfalten können.

Aus Ihrer Sicht ganz rechts im Plenarsaal sitzen die Abgeordneten der neuen AfD-Fraktion. Sind das Ihre Sorgenkinder?

KUPER: Eine gewisse Sorge gibt es, ja. Es gab schon einige Rügen wegen Redebeiträgen, die aus unserer Sicht zu beanstanden waren. Ich setze aber weniger auf formale Rügen als auf kritische Gespräche mit den betroffenen Abgeordneten. Ich habe bereits mehrere solcher Gespräche geführt, die meisten von ihnen waren konstruktiv und wirkungsvoll. Ob das nachhaltig ist, muss man abwarten.

In der Schublade der Landes-

politik liegt der Plan einer räumlichen Erweiterung des Landtags. Wollen Sie diese Pläne vorantreiben?

KUPER: Ja, dafür setze ich mich ein. Derzeit fehlen Sitzungsräume. Zudem ist die Unterbringung der Verwaltungsmitarbeiter unbefriedigend, weder effektiv noch effizient. Die 300 Mitarbeiter sind auf vier Standorte in Düsseldorf verteilt. Damit sind auch jährliche Mietkosten in Höhe von drei Millionen Euro verbunden. Im Arbeitsminis-

terium sind beispielsweise 60 Büros auf mehrere Standorte innerhalb des Gebäudes verteilt. Das entspricht nicht dem, was wir unter moderner Verwaltung verstehen. Eine Zusammenlegung dieser Verwaltung würde sich schnell amortisieren. Darüber werden wir mit den Landtagsfraktionen sprechen und möglichst nach einer breiten Mehrheit suchen.

Wie könnte dieses Konzept aussehen?

KUPER: Eine Frage ist beispielsweise, ob wir mehr als nur die engere politische Geschichte von 70 Jahren NRW in den Fokus nehmen. Zu Nordrhein-Westfalen gehört ja auch die Geschichte der Arbeiterbewegung, die Geschichte des Bergbaus oder die der regenerativen Energien. Auch in der Geschichte der Frauenbewegung hat NRW eine besondere Rolle gespielt. Und das sind nur wenige von vielen Beispielen.

Kann das Haus der Geschichte noch in dieser Landtagsperiode eröffnet werden?

KUPER: Das wäre ein sehr ambitionierter Plan.

KUPER: Je eher, desto besser. Ich habe mir das Ziel gesetzt, dass noch in dieser Landtagsperiode über konkrete Pläne inklusive Kostenschätzung entschieden werden soll. Ob es in dieser Landtagsperiode noch zu einem ersten Spatenstich kommt, vermag ich nicht zu sagen.

Ein anderer, längerfristiger Plan besteht darin, ein „Haus der Geschichte“ für NRW zu errichten. Wie steht es damit?

KUPER: Nordrhein-Westfalen ist jetzt über 70 Jahre alt. Es gibt aber kein zentrales Haus, in dem die Geschichte dieses Bundeslandes dargestellt wird. Ich habe in den vergangenen Wochen viele Gespräche geführt, auch mit dem Ministerpräsidenten. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass nicht ein Ministerium, sondern der Landtag unter Einbeziehung möglichst vieler Fraktionen die Federführung übernehmen soll. Deshalb wird es wohl für die nächste Plenarsitzung einen interfraktionellen Antrag für die Schaffung eines Hauses der nordrhein-westfälischen Geschichte geben.

Das soll dann in der Villa Horion in Düsseldorf entstehen?

KUPER: Über den Standort wird noch zu sprechen und zu entscheiden sein. Auf einem Drittel der Fläche der Villa Horion wird zurzeit die Geschichte des Parlamentarismus in NRW dargestellt. Der Rest des Gebäudes wird vom Petitionsausschuss des Landtags genutzt. Wie groß der Raumbedarf am Ende sein wird, hängt ja auch von dem Konzept ab, das zunächst von Wissenschaftlern erarbeitet werden sollte.

Das Gespräch führte Lothar Schmalen

Zur Person: André Kuper

- ◆ Geboren am 14. Dezember 1960 in Wiedenbrück.
- ◆ 1971 Eintritt in die Junge Union, dann CDU.
- ◆ 1984 bis 1987 Studium der Verwaltungswissenschaften an der Fachhochschule für öffentliche

Verwaltung Bielefeld.
 ◆ 1997 bis 2012 Bürgermeister der Stadt Rietberg.
 ◆ Seit 2012 Mitglied des Landtags, zuletzt als stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion.
 ◆ Seit dem 1. Juni 2017 Präsident des Landtags.

Flüchtlingsunterkünfte im Land nur zur Hälfte belegt

Zuwanderung: Das Land muss immer weniger Menschen unterbringen. Erstaufnahmen und zentrale Sammelunterkünfte sind zwei Jahre nach dem großen Andrang schwach ausgelastet. Anders sieht das bei Wohnungen aus

■ Düsseldorf (Inw). Zwei Jahre nach dem großen Flüchtlingsandrang sind die Erstaufnahmen und zentralen Sammelunterkünfte in Nordrhein-Westfalen nur noch zur Hälfte belegt. Derzeit stehen 22.000 Plätze in NRW zur Verfügung, wie das Flüchtlingsministerium auf Anfrage mitteilte. Zum Vergleich: Im Dezember 2015 gab es insgesamt 78.000 Plätze, die mit 50.000 Flüchtlingen belegt waren.

Für die Kommunen und das Land habe sich die Situation im vergangenen Jahr weitestgehend entspannt, hieß es. Notunterkünfte wurden geschlossen, Einrichtungplätze abgebaut. Ein Großteil der

Menschen sei mittlerweile in Wohnungen umgezogen.

Für die Erstaufnahme stehen in NRW derzeit 42 Unterkünfte in festen Gebäuden zur Verfügung – deutlich weniger als im Dezember 2015, als es noch 264 Einrichtungen waren.

Bundesweit sind um die 100.000 Plätze nicht belegt – obwohl neben NRW auch viele andere Länder die 2015/2016 eilig aufgebauten Kapazitäten bereits deutlich reduziert haben. Gleichzeitig gibt es gerade in Ballungsräumen Schwierigkeiten, Zuwanderer dauerhaft mit Wohnungen zu versorgen, wie eine Umfrage ergab. Seit geraumer Zeit sind die

Flüchtlingszahlen in Deutschland stark rückläufig.

Etliche Bundesländer wollen die Aufnahmekapazitäten weiter verringern und umbauen. Allerdings bestehen dabei erhebliche Unsicherheiten, wie sich die Flüchtlingsbewegungen von Afrika und Asien nach Europa weiter entwickeln.



Nur ein Bett belegt: In immer mehr Flüchtlingsunterkünften in NRW gibt es freie Kapazitäten.

FOTO: DPA

Loveparade-Prozess: Erste Aussagen

Katastrophe von Duisburg: Die Verteidiger werfen der Anklage Einseitigkeit vor

Von Dorothea Hülsmeier

■ Düsseldorf. „Hier sitzen nur Sündenböcke.“ Der Satz eines Verteidigers hallt am fünften Verhandlungstag im Loveparade-Prozess durch den Düsseldorfer Messesaal. Sieben Jahre nach der Duisburger Katastrophe mit 21 Toten und mehr als 650 Verletzten werde das Verfahren nicht zu der erhofften Aufklärung führen. „Es sitzen die Falschen auf der Anklagebank“, sagt ein anderer Anwalt. Angeklagt seien nur „Verdächtige aus der zweiten Reihe“.

Erstmals nahmen Verteidiger der zehn Angeklagten der Stadt Duisburg und des Veranstalters Lopavent Stellung zu den Vorwürfen. Ihr Tenor: Für das Sicherheitskonzept sei eine Vielzahl von Personen zuständig gewesen. Mögliche Hauptverantwortliche saßen gar nicht auf der Anklagebank. Eine Vielzahl von Umständen werde ausgeblendet. Vor allem die Polizei werde „aus der

Verantwortung herausgehalten“ und ihre Rolle bei dem „kommunikativen Desaster“ verdunkelt. „Die Anklage ist eine Verteidigung der Verantwortlichen der Polizei und des Innenministeriums“, sagte ein Anwalt. „Das ist verstörend und ein Skandal.“

Ausgeblendet werde der Aspekt, dass in der „kritischen Phase“ des Spektakels eine Abstimmung seitens der Polizei nicht möglich gewesen sei. Der damalige Innenminister Ralf Jäger habe sich unmittelbar nach der Katastrophe vor die Polizei gestellt und erklärt, sie habe keine Fehler gemacht.

Die angeklagten Mitarbeiter des Duisburger Bauamts wiesen alle Vorwürfe zurück. Feuerwehr, Polizei, Sanitäter, Verkehrsbetriebe, Politik – alle seien wochenlang mit der Loveparade befasst gewesen. Die Bauaufsicht habe nur eine Nutzungsänderung des Geländes genehmigt. Man sei nicht für das Sicherheitskonzept verantwortlich.

Anklage wegen versuchten Totschlags

Messerstecherei: Ein 18-jähriger Afghane hatte einen Gütersloher (22) angegriffen

■ Bielefeld (dro). Der erst 18-jährige Messerstecher vom Bielefelder Kesselbrink kommt vor Gericht. Die offizielle Anklage lautet auf versuchten Totschlag in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung und Körperverletzung in einem weiteren Fall.

Der afghanische Flüchtling soll im September einen 22-jährigen Gütersloher niedergestochen haben. Sechsmal soll er zugestochen haben. Das Opfer überlebte schwer ver-

letzt. Der Verdächtige wurde später in der Nähe einer Asylbewerberunterkunft gefasst.

Vor der Gewalteskalation hatte es einen verbalen Streit gegeben. Der Afghane soll einer jungen Frau einen Finger umgeknickt haben. Als ihn das spätere Opfer zur Rede stellte, griff er zum Messer. Andere Mitglieder aus der Gruppe des Güterslohers wurden verletzt. Ein Termin für den Prozessbeginn steht laut Staatsanwaltschaft noch nicht fest.

Fleischerei verärgert wegen Politessen

Vorwürfe: Die Kunden erhalten schon Knöllchen, wenn sie nur wenige Minuten parken

■ Bielefeld (IK). Das Vorgehen einiger Politessen sorgt in Bielefeld für Ärger. An einer Straße in der Innenstadt gelten seit September Parkbeschränkungen. Wer dort sein Auto abstellt, muss eine Parkscheibe benutzen und nach drei Stunden zurück sein. Vielen Autofahrern ist die neue Regelung offenbar unbekannt – darunter Kunden einer Fleischerei. Sie erhalten regelmäßig Knöllchen von Politessen, die zuvor in der Fleischerei

Kaffee trinken und Brötchen essen. „Dann rennen sie raus und verteilen Knöllchen an unsere Kunden, die wenige Minuten parken“, schimpft eine Mitarbeiterin. Anwohner monieren, dass die neue Regelung nicht ausreichend ausgeschildert sei. Die Stadt sagt, genügend Schilder aufgestellt zu haben. Die Mitarbeiterin der Fleischerei hofft auf Nachsicht gegenüber den Kunden. Ansonsten bekämen die Politessen nichts mehr zu essen.

PERSÖNLICH



Wais Zakir (21), afghanischer Pflegesohn einer Löhnerfamilie, hat eine bemerkenswerte Begegnung gehabt. Er traf den früheren Präsidenten seines Heimatlandes, Hamid Karzai, bei einer Afghanistan-Tagung. Beide waren Gäste im evangelischen „Haus Willigst“ in Schwerte und sprachen am Rande kurz über die Lage in ihrem Land. FOTO: BRÖNHORST



Dorothea Schäfer (61), Vorsitzende der größten Lehrergewerkschaft in NRW, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, fordert einen Durchbruch bei der Besoldung für Lehrkräfte an Grundschulen und Schulen der Sekundarstufe I. „Wer wirklich etwas gegen Lehrermangel tun will, muss Lehrkräfte vernünftig bezahlen.“ FOTO: GEW